

Nein zur Unternehmenssteuerreform III

Man mag sich gerne zurückerinnern an die USRII. Schon damals wurden wir vor der Abstimmung mit nicht korrekten Zahlen „ruhig“ gestellt. 900 Millionen wurden vom Bundesrat veranschlagt, tatsächlich war es ein Mehrfaches davon. Konservative Schätzungen gehen von 4 und mehr Milliarden aus. Sogar das Bundesgericht hat festgehalten, dass die Bevölkerung bei der damaligen Abstimmung nicht richtig informiert (betrogen) wurde. Und nun wiederholt sich die Geschichte. Gemäss Tages Anzeiger werden in der Abstimmungsbroschüre die Steuerausfälle der Reform mit 1,1 Milliarden Franken beziffert. Dies obwohl eine aktuelle Übersicht der Eidgenössischen Steuerverwaltung die *bisher* bekannten Kosten bei rund 3 Milliarden Franken veranschlagt. Da stellt sich doch die Frage, können wir uns diese masslose Senkung der Unternehmenssteuer überhaupt leisten und ist dies wirklich auch zwingend nötig? Steuern sind für ein Unternehmen nicht der einzige und auch nicht der wichtigste Standortfaktor. Mindestens so wichtig sind öffentliche Infrastruktur, Ausbildungsstand, die Verfügbarkeit von Fachkräften, Hochschulen, Sicherheit und Stabilität, gute Erreichbarkeit und gute Wohnlagen. All diese durch unsere Steuern finanzierten staatlichen Leistungen tragen massgeblich zur Wertschöpfung und zum Gewinn der Unternehmungen bei. Wieso sollen diese nicht an ihrem jeweiligen Standort auch angemessene Steuern entrichten? Wieso müssen diese noch zusätzlich „entlastet „ werden? Sind nicht auch Unternehmen dem Gemeinwohl verpflichtet? Was die Gerechtigkeit anbelangt, folgendes Rechenbeispiel aus der Stadt Lausanne; Ein Unternehmen, das 1 Million Reingewinn erzielt, bezahlt dann noch rund 15`000.- Franken Steuern – Gleichviel, wie ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 80`000.- Franken! Wer bezahlt also diese Reform? Fehlen den Gemeinden und Städten Einnahmen, so spüren wir Bürgerinnen und Bürger dies hautnah. Es wird zu Leistungsabbau führen in welchen Formen auch immer (Bildung/Kultur etc.). Die Sparpakete der letzten Zeit lassen grüssen. Die Löcher müssen ja irgendwie gestopft werden. Es wird an uns sein, diese Milliardenzeche zu bezahlen und das kann so nicht angehen. Die USRIII muss daher abgelehnt und neu geregelt werden, so dass sie die Vorgaben der OECD erfüllt, gegenfinanziert und sozial ausgewogen ist. Stimmen sie daher NEIN zur Unternehmenssteuerreform III.

Roland Agustoni, Grossrat, Rheinfelden.